

Arbeitsumverteilung statt Dauerarbeitslosigkeit

ICH BIN ÜBERZEUGT: Massenarbeitslosigkeit darf nicht sein, und sie muss auch nicht sein. Mit Unterstützung von Friederike Masanke und Rolf Bode habe ich ein Konzept zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozess erarbeitet, das in der Öffentlichkeit und auch bei Politikern inzwischen auf zunehmendes Interesse stößt. Inzwischen hat sich zu dem Konzept in Wettbergen ein Bürgerforum zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit gebildet.

Der Kernpunkt des Konzeptes: Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitsumverteilung. Anders ausgedrückt: Die heute Beschäftigten geben einen Teil ihrer Arbeit an heute nicht Beschäftigte ab.

Wichtigstes Anliegen dabei: Die Wieder-Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozess. – Wer das Konzept verstehen will, muss ein wenig mitrechnen. Hier ein Beispiel zur Arbeitsumverteilung:

Eine Belegschaft von 100 Arbeitnehmern reduziert die wöchentliche Arbeitszeit von 38 auf 36 Stunden. Dann fehlen dem Betrieb pro Woche 200 Arbeitsstunden. Dividiert man diese fehlenden Arbeitsstunden durch 36 Wochenstunden, so kann der Betrieb 5,5 Arbeitsstellen neu besetzen. Übertragen auf eine Industriebranche mit 50.000 Beschäftigten könnten im Rahmen

eines Pilotprojektes 2.650 Langzeitarbeitslose integriert werden.

Schon der erste Blick zeigt: Dieser Vorschlag hat – ohne Lohnausgleich verwirklicht – einen klaren Verlierer, die bereits Beschäftigten, und zwei klare Gewinner, die Langzeitarbeitslosen und mit ihnen die Kassen, aus denen der Lebensunterhalt von Arbeitslosen finanziert wird. Hinzu kommt der Gewinn für die Gesellschaft und die Volkswirtschaft insgesamt. Aber Konzepte, bei denen es so viele und so deutliche Verlierer gibt, sind nicht durchsetzbar.

Mit meinem Konzept möchte ich dagegen erreichen, dass es möglichst nur Gewinner, zumindest aber keine Verlierer, bei der Arbeitsumverteilung gibt. Dazu muss gesichert werden, dass der Nettolohn für die Beschäftigten gleich bleibt, auch wenn sie – wie in unserem Beispiel – zwei Stunden weniger arbeiten. Konkret kann das so aussehen, dass der Arbeitgeber nur den Lohn für die verkürzte Wochenarbeitszeit zahlt und der Staat aus Steuermitteln den Rest. Dies kann der Staat nach meinem Konzept aber auch problemlos leisten, da er durch die Einstellung von Langzeitarbeitslosen in erheblichem Umfang die bis dahin notwendigen Zuschüsse zum Arbeitslosengeld II, zum Wohngeld und zu den weiteren sozialen Sicherungssystemen

einspart. Aus diesen Einsparungen wären auch die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen für die Langzeitarbeitslosen zu finanzieren, da den Betrieben ja bei Neueinstellungen nur mit entsprechend qualifizierten Mitarbeitern gedient sein kann.

Voraussetzung zum Start eines Pilotprojektes sind verbindliche Absprachen mit Arbeits- und Sozialministerien, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden und den Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen. Im Prinzip ist das Konzept bereits mit Firmen ab 20 Mitarbeitern zu verwirklichen. Wünschenswert wäre es jedoch, mit einer ganzen Branche zu beginnen, z.B. der Papierindustrie. Das müsste über einen entsprechenden Tarifvertrag geschehen. Dieser setzt voraus, dass gleichzeitig seitens des Staats die notwendigen Voraussetzungen in steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht geschaffen werden.

Erfolgsvoraussetzungen des Projekts

Der Erfolg des Projektes ruht auf mehreren Säulen, die gesellschafts- und wirtschaftspolitisch an folgenden Punkten fixiert werden können:

- Konsequenter Abbau der Massenarbeitslosigkeit;
- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich durch Steuerfinanzierung;
- Unternehmen senken die Arbeitskosten durch Auslastung vorhandener Kapazitäten und die Erhöhung der Produktivität;
- die Volkswirtschaft profitiert insbesondere von der Belebung der Binnennachfrage durch die steigende Kaufkraft, Auslastung der Produktionskapazitäten und internationale Wettbewerbsfähigkeit;
- mit hohem Beschäftigungsstand mindern sich die staatlichen Ausgaben zur Arbeitslosenversicherung sowie allen weiteren zu erbringenden Sozialleistungen; die sozialen Sicherungssysteme werden stabilisiert;
- im Gegensatz zum derzeitigen medialen

Balkonkästen-Service

Wilheine
baphard kahlandt

An der Kirche 6
30457 Hannover Wettbergen

Tel.: 0511-228 73 05
Fax: 0511-228 73 16
www.blumen-wilheine.de
info@blumen-wilheine.de

Wir holen Ihre Balkonkästen ab, bepflanzen sie und bringen sie zurück.

floral design

Die monatlichen Schreckensmeldungen der Bundesagentur für Arbeit aus Nürnberg sind im Laufe der Zeit zur Gewohnheit geworden. Mehr als fünf Millionen Arbeitslose waren es Anfang des Jahres. Aber immer noch fehlt ein überzeugendes Konzept, wie diese Zahl wirklich deutlich verringert werden könnte. Politiker setzen auf den Konjunkturaufschwung, den sie immer direkt vor sich sehen, und wenn er dann doch nicht kommt, liegt es zur Not am Wetter, dass sich der Arbeitsmarkt nicht öffnet. Und bei manchen Vorschlägen hat man den Eindruck, die Politiker bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit sondern die Arbeitslosen.

„Dauerbeschluss“ mit Vorschlägen zur Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Löhne und Gehälter, Erhöhung des Renteneintrittalters und Sockelarbeitslosigkeit auf hohem Niveau gibt es auch andere Wege, auf denen die Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden kann; – es muss insgesamt eine Vollbeschäftigung neuen Typs mit Arbeitsumverteilung durchgesetzt werden. Denn Arbeitszeitverlängerung ist in jedem Fall ein Irrweg.

Ich verweise dazu auf das Grundgesetz, Artikel 20, Absatz 1, in dem das Sozialstaatprinzip festgeschrieben ist. Dies bedeutet den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, Achtung der Menschenwürde, gleichmäßige Verteilung der Lasten, Fürsorge, Daseinsvorsorge und soziale Steuerpolitik. Entfernt sich die Politik von diesen Grundsätzen, wird die Demokratie und mit ihr die Gesellschaft irreparablen Schaden nehmen. Denn: Der Sozialstaat kostet Geld. Aber: Kein Sozialstaat kostet

die Demokratie. Das Anliegen des Bürgerforums ist es, mit interessierten Menschen in Kontakt zu kommen, um so unsere Basis durch erweiterten Sachverständ und Aktivitäten zu verbreitern.

Ansprechpartner für das Bürgerforum: **Rainer Gith**

Neue Straße 33 · 30457 Hannover
Telefon 05 11 / 46 21 16
FAX 05 11 / 27 06 39 71
E-MAIL Rainer.Gith@gmx.de

RAINER GITH

Ein interessantes Konzept – aber mit Grenzen

Im Rahmen der Reihe „Politik in der Kirche“ war am 23. März 2006 die CDU- Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski eingeladen. Rainer Gith stellte sein Konzept zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor. Nachfolgend – etwas gekürzt und redaktionell bearbeitet – die Stellungnahme Frau Pawelskis.

RAINER GITH und sein Team Friederike Masanke und Rolf Bode haben sich intensiv mit dem Problem Abbau der Arbeitslosigkeit befasst und ein umfangreiches Konzept mit detaillierten Lösungsvorschlägen erarbeitet. Kernpunkt ihres Konzeptes ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das Arbeitszeitvolumen wird auf mehr Schultern verteilt, wodurch die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt.

Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist nicht gleichmäßig verteilt. Es betrifft überproportional Geringqualifizierte und Ältere. Ein Faktor, der den Arbeitsmarkt beeinflusst, ist die Globalisierung und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die Unternehmen geben als Gründe für die Abwanderung ins Ausland folgende Punkte an: zu hohe Lohnnebenkosten (78 Prozent), bürokratische Lasten (69 Prozent) sowie zu viele Steuern für die Unternehmen (68 Prozent).

Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen, sie kann nur Rahmenbedingungen herstellen. Hierzu gehört auch der Plan, die Lohnzusatzkosten zu senken, den Kombilohn einzuführen und Reformen des Arbeitsrechts einzuleiten. Dies alles wird dazu beitragen, den deutschen

Arbeitsmarkt für Unternehmen attraktiver zu machen.

Nun zum Konzept von Rainer Gith:

Danach soll die vorhandene Arbeit auf mehr Arbeitnehmer verteilt werden. Die Arbeitszeit der beschäftigten Arbeitnehmer wird verkürzt und die daraus „erhaltene“ Arbeitszeit wird an Langzeitarbeitslose übertragen. Im Konzept ist die Zahl 5,3 Prozent genannt. Diese Zahl entspricht dem derzeitigen Anteil der Langzeitarbeitslosen gemessen an der Zahl der Beschäftigten. Die Beschäftigten verzichten auf 5,3 Prozent ihrer Arbeitszeit, die Langzeitarbeitslosen erhalten diese 5,3 Prozent Arbeitszeit. Dies würde bedeuten, dass ca. 18 Arbeitnehmer auf einen Teil ihrer Arbeitszeit verzichten müssten, damit ein Langzeitarbeitsloser eingestellt werden kann.

Im Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften sind 3,11 Millionen Unternehmen versichert, die insgesamt ca. 30 Millionen Beschäftigte haben. Von den 3,11 Millionen Unternehmen beschäftigen 2,7 Millionen Betriebe bis max. 9 (Voll-)Beschäftigte.

Der Anteil der Betriebe, die das Gith-Konzept anwenden könnten, ist daher relativ klein. Des Weiteren sind viele Langzeitarbeitslose nicht entsprechend qualifiziert. In vielen Bereichen, z.B. im

Gesundheitswesen oder in IT-Berufen, ist eine langjährige Berufsausbildung notwendig. Arbeitsplätze für sogenannte angelerte Arbeiter sind heute nur noch in wenigen Bereichen vorhanden. Für die Langzeitarbeitslosen, die nach dem Konzept von Rainer Gith in den Arbeitsprozess eingegliedert werden sollen, finden sich meines Erachtens nicht genügend Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. In einigen Branchen mag eine Schulung von sechs bis zwölf Monaten ausreichen, um den Anforderungen am Arbeitsplatz zu genügen, jedoch sind dies Einzelfälle.

Ich denke, das Modell von Rainer Gith kann nicht am gesamten Arbeitsmarkt angewendet werden. Es ist ein Modell, welches in bestimmten Beschäftigungsbereichen durchaus zum Tragen kommen könnte. Für den Abbau der Arbeitslosigkeit gibt es jedoch keinen Königsweg. Grundsätzlich hat die Reduzierung von Arbeitszeit bislang nicht zu mehr Einstellungen geführt. In allen Ländern, in denen es weniger Arbeitslose als in Deutschland gibt, arbeiten die Menschen mehr Stunden als bei uns. Viele Maßnahmen sind notwendig, damit Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiver wird und dadurch mehr Arbeitsplätze entstehen, dazu tragen ein radikaler Bürokratieabbau und die Senkung der Lohnzusatzkosten bei.

Ich bin gerne bereit, mit dem zuständigen Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium über das Gith-Modell zu sprechen, um Lösungsansätze herauszufiltern. Ich hoffe, dass bald eine Pilotbranche gefunden ist und das Modell in der Praxis erprobt wird.

RITA PAWELSKI